



**mouvement
écologique**

Ried zur Lag vun der Natioun: Wéini schwätze mir déi grouss gesellschaftlech Froen am Fong un?!

In COVID-19-Zeiten eine Rede zur Lage der Nation zu halten, ist sicherlich eine Herausforderung. Es ist verständlich, dass ein Staatsminister dabei auch Zuversicht ausstrahlen muss, dass es uns gelingen wird, diese Krise zu überwinden. Aber: dieser legitime Anspruch dürfte nicht dazu führen, dass dabei erneut die Chance verpasst wurde, die wirklich grundsätzlichen Fragen und auch komplexen Zukunftsherausforderungen aufzugreifen. 5 Beispiele illustrieren diese These:

- Der Staatsminister führte an, es würde erneut keine **nachhaltige Steuerreform** durchgeführt werden. Dabei wurde diese bereits in der vorherigen Legislaturperiode versprochen! Argument des Staatsministers: die verschiedenen Akteure sollen nicht mehr belastet werden. Dabei geht es bei der nachhaltigen Steuerreform nicht darum, Akteure grundsätzlich mehr zu belasten! Nein, es geht vielmehr darum weg zu kommen, von einem Steuersystem das vor allem den sozialen Faktor mit Steuern belastet, nicht aber u.a. den Umweltverbrauch. Luxemburg ist dabei EU-weit absolutes Schlusslicht: unser Land hat im Schnitt mit die niedrigsten Umweltsteuern europaweit! Das Budget wird entsprechend in erheblicherem Ausmaß durch Steuern auf dem sozialen Faktor finanziert. Ein absolutes Unding in heutigen Zeiten, das auch einer Transformation des Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung diametral gegenüber steht und sowohl im Widerspruch zu Zielen des Klima- und Biodiversitätsschutzes steht, aber auch einer verstärkten sozialen Gerechtigkeit! Dass der Staatsminister diese so wichtige Diskussion erneut auf den Sankt-Nimmerleinstag vertagen will, ist inakzeptabel und führt an den heutigen Anforderungen vorbei.
- COVID-19 hat zudem definitiv aufgezeigt, dass die Annahme unser Bruttosozialprodukt würde ad aeternum jährlich anwachsen, ein Trugschluss ist! Dabei fußt die **Finanzierung des Sozialsystems** auf dieser Luftblase! Die so fundamentale Frage, wie unser Sozialsystem unabhängiger vom Wachstumsprinzip finanziert werden kann, wird aber weiterhin ausgeblendet. Damit übertragen wir den kommenden Generationen eine Bürde sonder gleichen! COVID-19 verstärkt den Reformbedarf!
- Luxemburg soll bis spätestens 2050 **klimaneutral** sein: dies bedeutet einen fundamentalen Wandel in unserer Art und Weise zu leben und zu produzieren. Jedes Jahr, in dem nicht konsequent an der Umsetzung dieses Ziels gearbeitet wird, verschärft die Herausforderungen

und den Handlungsbedarf für die kommenden Jahre. Dabei ist die Aufgabe bereits mit dem heutigen Zeitdruck gewaltig. Die so wichtige CO2-Steuer, (zu welcher der Mouvement Ecologique zu einem späteren Zeitpunkt im Detail Stellung beziehen wird), alleine reicht hierzu nicht aus. Zumindest ansatzweise hätten die tiefgreifenderen, notwendigen Reformen angesprochen werden müssen.

- Der Staatsminister hat viele Themen in seiner Rede angesprochen, und es ist gewusst, dass nicht alle in diesem Rahmen aufgegriffen werden können. Und trotzdem: wenn wir weltweit und gerade auch in Luxemburg ein **Artensterben und einen Biodiversitätsverlust** ungeahnten Ausmaßes feststellen müssen, und die Biodiversitätskrise anerkanntermaßen mindestens jener der Klimaveränderung gleichzusetzen ist, so ist es doch äußerst befremdend, wenn diese Zukunftsherausforderung nicht einmal in einem Nebensatz angesprochen wird. Das Aufgreifen dieser Thematik ist umso wichtiger, da die Wissenschaftler (u.a. der Weltbiodiversitätsrat) in diesem Bereich ebenso einen Systemwechsel einklagen, wie die Akteure im Bereich Klimaschutz.
- Und letztes Beispiel: Der Staatsminister führt das Problem an, dass Betriebe zu einem früheren Stadium Gewissheit erhalten sollen, ob ihre Ansiedlung in Luxemburg erwünscht / machbar ist oder nicht. Der Mouvement Ecologique fordert seit zig Jahren klare Kriterien für die **Standortpolitik** ein, ohne dass die jeweiligen Regierungen aktiv wurden. Demnach ist in diesem Bereich konsequentes Handeln überfällig. Aber: wenn der Staatsminister nun angibt, ein Ja zu Beginn der Diskussionen bliebe dann auch ein Ja („si la réponse à la question est oui, elle reste oui“) und somit den Eindruck vermittelt, als wären die vorgeschriebenen juristischen Prozeduren – mit dem Einspruchsrecht der Bürger*innen und der Zivilgesellschaft – nur noch eine Formsache, so lässt dies doch aufhorchen. Transparenz und demokratische Prozesse in der Ansiedlungspolitik und fachliche, auf Nachhaltigkeitsmaßstäben fußende Kriterien, sind das Gebot der Stunde.

COVID-19 ist eine schreckliche Erfahrung: für zahlreiche Bürger*innen und die Wirtschaft. Aber: COVID-19 ist auch eine Chance. Eine breite Mehrheit der Menschen gibt in Umfragen an, unsere Gesellschaft stehe an einem Scheideweg: Es sollte kein Zurück in Vor-COVID-Zeiten geben und dies wäre ebenfalls nicht wünschenswert.

Die überwiegende Zahl der Menschen spricht sich für andere Werteprioritäten und eine fundamentale Reform unseres Systems aus.

Diese so wichtigen Zukunftsfragen wurden aber vom Staatsminister nicht offen genug angesprochen. Dabei brauchen Menschen ebenfalls Zukunftsvisionen – Zukunftsbilder, um Herausforderungen wie die COVID-19 Krise – aber auch die Umwelt- und Klimakrise - anzugehen. Diese Zukunftsbilder und Visionen – mit den damit verbundenen Problemen - zu thematisieren, wäre die Rolle des Staatsministers in einem Bericht zur Lage der Nation gewesen.